

Berliner PROZESS-INFO

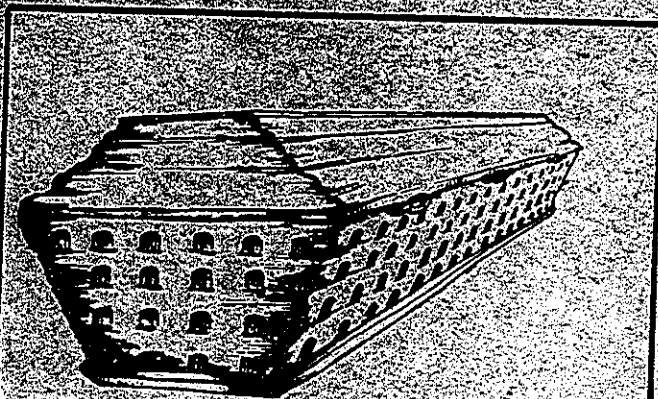


Herausgeber: ROTE HILFE

Nr. 5/6-JUNI/JULI 1979

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
o PROZESSTERMINE	
o Dokumente zur Auseinandersetzung - Hochsicherheitstrakt	3
o Diskussionsvorschlag für Aktionen gegen den Hochsicherheitstrakt	6
o erhofft - Aus 50 normalen Zellen werden 27 hochgesicherte (TSP-Artikel)	9
o Presseerklärung der Rechtsanwälte der Gefangenen, die sich z.Zt. im Hungerstreik befinden	10
o Stellungnahme von Fritz Teufel zum Hungerstreik, Mai 79	12
o Reformvollzug und wie sieht die Wirklichkeit aus	16
o Rückblick auf 1 Jahr "2. Juni"-Prozess	17
o Auszüge aus dem schriftlichen "Agit"-Urteil	19
o S. P. E. N. D. I. T. FÜR DIE PROZESSKOSTEN	22
o Wie das Kammergericht die Wissenschaftlichkeit des Gutachtens von Wahren Wens zum Agit-Prozess beurteilt, ein deutscher Beschluß	23
o Strafanzeige wegen Gewaltverherrlichung - / - CBS-Label	25
o Erfolg gegen das Plakettenverbot "Atomkraft? Nein danke!" - Auszüge aus dem schriftlichen Urteil	26
o Stammesimprozeß - / - J. Reents Verlag eingestellt	28
o Bemerkenswerte Begründung eines Freispruchs im Beleidigungsprozeß	29
o Berufsverbot für Erzieherin Bettina Maetzel?	30
o Ausbildungsverbot für die Lehrerin Eva Schlichenmeier-Schenk	31
o Prozeßberichte - Kurznotiert	34
o Knastblatt Nr. 118	37



- keine Belegung der Hochsicherheitstrakte!

Juni / Juli 79

P R O Z E S S T E R M I N E

DATUM/
UHRZEIT Gericht/Saal GEGEN WEN UND WARUM

11.6.79 LArb Ger ./.. Bettina Maetzel, Berufungsprozeß gegen ihr Berufs-
11.00 h R. 616 s.a. Info, S. Verbot

• Verkündung des Urteils: 25.6.

9.00 h Kammer Ger ./.. RA Groenheit, Ehrengerichtsverfahren - Ergebnis:
S. 210 **Es erfolgte keine Maßregelung!**

13.6.79 LG Moabit "Schmücker"-Wiederholungsverfahren, z.Zt. finden die
9.00 h S. 500 Plädoyers der Verteidiger statt

14.6.79 S. 500 dito

18.6.79 S. 500 dito

9.15 h S. 621 ./.. Menzel, wegen FU-Streik 76/77, Staatsanwaltschaft
will Haftstrafe verhängen

9.00 h S. 501 ./.. Monika Berberich - wird der (Polizei-)Zeuge verhört,
der bisher noch nie namentlich erwähnt wurde

21.6.79 S. 501 dito

25.6.79 S. 621 ./.. Menzel, s.o.

oder "2.-Juni"-Prozeß ist vorläufig ausgesetzt, da der vorsitzende Richter Geus erkrankt ist.

oder Prozeß ./.. den Kinderarzt H. Wihstutz wurde auch vorläufig auf den 20. und 25. Juli 1979 vertagt, weil der Polizei-Belastungszeuge nicht zur Vernehmung erschienen war und zwar mit der Begründung, er sei noch von gestern abend b l a u!
Die Richterin verhängte gegen ihn eine Geldbuße von DM 400,-!!!

M A C H T D I E P O L I T I S C H E N P R O Z E S S E ÖFFENTLICH!

Amtsgericht Moabit, Turmstraße 91, 1000 Berlin 21 (U-Bhf. Turmstraße)

Landgericht Moabit, gleiche Anschrift wie Amtsgericht

Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht Berlin, Hardenbergstr. 10, 1 Berlin 12

Arbeits- und Landesarbeitsgericht, Lützowstr. 106, 1 Berlin 30

Kammergericht, Witzlebenstr., 1 Berlin 19

~~~~~

Die Redaktion des Berliner Prozeß-Infos ist z.Zt. auf dem Plenum der Roten Hilfe - jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat - im Cafe 'Barrikade' in der Buttmanstraße im Wedding (U-Bhf. Oslo er- und Pankstr.) ab 19.30 Uhr zu erreichen.

-----

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: D.Kunzelmann, 1/65, Badstr. 38/39

# STRAFVOLLZUG · DOKUMENTATION

Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel" am 16.7.78

Frage: Sie haben gesagt: 'Im Zweifel bin ich für die Freiheit, aber wo ich keine Zweifel habe, bin ich für die Sicherheit'. Was soll das konkret bedeuten?

Meyer: ...die Sicherheit nach außen bedeutet nicht, daß man etwa sehr restriktiv vorgehen sollte bei Urlaubsgewährung, bei Ausführungen, bei anderen Möglichkeiten des Strafvollzugsgesetzes. Sondern sie bedeutet, daß die Strafgefangenen, die in der Anstalt sind, durch technische, bauliche, aber auch personelle Maßnahmen daran gehindert werden, ihren Resozialisierungsvollzug durch Flucht zu unterbrechen. ....

Frage: Sie haben in Hamburg als erster Landesjustizminister die Trennscheibe für Anwaltsbesuche bei bestimmten Häftlingen eingeführt, noch bevor das Gesetz dazu kam. Warum?

Meyer: Durch diese Maßnahme war es möglich, in erheblichem Umfang Zusammenschluß von Häftlingen zu gewähren, Gruppenhofgang zu machen und andere Hafterleichterungen zu gewähren, weil das Risiko des Einbringens von Gegenständen, etwa von Waffen, durch die Trennscheibe ausgeschlossen war.

Interview mit der "Welt" vom 31.7.78

Frage: Herr Meyer, können sie uns bitte Einzelheiten IHRES Planes erläutern, die verdächtigen Terroristen in Plötzensee zusammenzufassen,...

Meyer: Die Zusammenfassung aller Gefangenen aus der Terroristenszene in einer Anstalt beispielsweise Plötzensee - aber es muß ja nicht PLÖTZENSEE sein -, ist eine von mehreren Möglichkeiten. Sie hat den Nachteil, daß die notwendigen Baumaßnahmen eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Der weitere technische, aber auch konzeptionelle Nachteil ist, daß hier eine Sonderanstalt, oder Sonderstation geschaffen würde. Dadurch fällt es unter Umständen schwer, Gefangene, die sich von der terroristischen Szene entfernen, in den normalen Strafvollzug zu integrieren. Deshalb halte ich prinzipiell mehr davon, sicherheitsbereiche zu schaffen, und zwar nicht in besonderen Häusern, sondern auf besonderen Stationen. Das wird alles im Augenblick geprüft, aber es spricht sehr vieles dafür, daß man schon aus zeitlichen Gründen keine Sonderanstalten baut. ...

JUSTIZVERWALTUNG SCHEUT KEINE KOSTEN - aus "Die Neue" v. 25.4.79 - S.Heimgärtner

Der Schock der Till-Meyer-Flucht im vergangenen Jahr sitzt der Berliner Justizverwaltung noch tief in den Knochen. Eine Kette von Reaktionen hatte dieses Ereignis zur Folge, ein Justizsenator mußte gehen, ein neuer kam, sämtliche - wenn auch kleine Freizügigkeiten, die politischen Gefangenen bis dahin gewährt wurden, hat man wieder in alle Winde geblasen. Geändert hat sich an alldem bis dato wenig.

Im Gegenteil, das Bestreben der Justizverwaltung gegenüber der Öffentlichkeit eine größtmögliche Sicherheit der Strafanstalten zu demonstrieren, nimmt geradezu angriffsmachende Formen an. Angstmachend insofern, als die Öffentlichkeit die optimale Sicherheit der Gefängnisse, in denen politische Häftlinge einsitzen, zwar vorgegaukelt wird (laut Justizsenat ist die absolute Sicherheit eine Utopie), der Bürger erfährt aber nichts über die Methoden und Pläne mit denen diese Sicherheit erreicht werden soll.

So scheut die Berliner Justizverwaltung auch in diesem Jahr keine Kosten, dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und ihrem eigenen Rechtfertigungsbedürfnis gegenüber möglichen künftigen Zwischenfällen Rechnung zu tragen. Die neueste Kostenbilanz für dieses Jahr:

Rund 6,3 Millionen Mark werden jetzt dafür aufgewandt, die 17 politisch motivierten Täter, die zur Zeit in der Haftanstalt Berlin-Moabit inhaftiert sind (U-Haft, Anm.d.Red.), noch sicherer und damit noch isolierter unterzubringen. Dort sollten 27 neue Zellen eingerichtet werden.

Der ganze Sicherheitstrakt heißt Hochsicherheitsbereich.

Fragwürdig ist diese hohe Summe auch insofern, als der Umbau in Moabit nur eine Übergangslösung darstellt. Der Knast (über 100 Jahre alt) soll nur noch solange für politisch motivierte Täter dienen, bis die Haftanstalt für Frauen in Berlin-Plötzensee fertiggestellt ist (ungefähr 1981). Dort ist für die politischen Gefangenen

# STRAFVOLLZUG · DOKUMENTATION

ein eigener "Pavillon" geplant, ein "Knast im Knast", der ebenfalls den neuen perfektionierten Sicherheitsmaßstäben angeglichen werden soll.

Wie aus Paragraph 119 StPO (Strafprozeßordnung) hervorgeht - für die Bestimmungen der Haftbedingungen in der Untersuchungshaft ist immer der im jeweiligen Verfahrensstand zuständige Richter verantwortlich - können zum Beispiel bei Fluchtgefahr des Gefangenen als besondere Sicherheitsmaßnahmen angeordnet werden: Der Entzug oder die Vorenthaltung von Gegenständen, die Beobachtung bei Nacht, die Absonderung von anderen Gefangenen, der Entzug oder die Beschränkung des Aufenthalts im Freien und die Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände.

Ein Katalog von Einschränkungen. Und trotzdem bleibt die Frage:

Wie wird der Vollzug in den 27 Sicherheitszellen in Moabit und im Sicherheitspavillon in Plötzensee tatsächlich aussehen?

Die Informationen aus dem Justizsenat sind spärlich. Pressereferent Willbrandt (Justizsenat): "Die politischen Häftlinge haben es eher besser als die anderen Gefangenen". Gemeint ist damit, daß die Gefangenen nicht arbeiten müssen (das ist allen Untersuchungshäftlingen freigestellt) und das Möglichkeiten zum gemeinsamen Fernsehen, Hofgang, Sport und Umschluß bestehen. Auch wenn diese kleinen Vergünstigungen in Zukunft gewährt werden, wird das die Situation dieses Gefangenenkreises nicht ändern, die Isolation wird dadurch nicht aufgehoben.

Professor Dr. Rasch vom Berliner Institut für forensische Psychiatrie betont in einem Aufsatz zur Gestaltung der Haftbedingungen für politisch motivierte Täter in der BRD, daß "die zum Ausgleich der besonderen Haftbedingungen gedachten Vergünstigungen - Tischtennis, Fernsehen, Plattenspieler uws. - sich wie Zufälligkeiten ausnehmen, die mit der realen Situation eigentlich nichts zu tun haben." Diese Grundvoraussetzungen würden auch nicht durch die Gewährung stundenweiser Kontakte einiger Häftlinge untereinander bei der Freistunde oder durch Umschluß aufgehoben.

Dies scheint die Justizverwaltung nicht wahrhaben zu wollen. Gepriesen und hervorgehoben werden die kleinen Annehmlichkeiten für die Gefangenen, über die tatsächlichen geplanten Veränderungen, die mit den Hochsicherheitsbereichen auf die Gefangenen zukommen, ist wenig zu erfahren.

Sicher ist: Die Zellen werden neu ausgekleidet, so, daß in den Wänden und im Boden nichts versteckt werden kann. Totale Geräuschisolation also? Das wurde von seiten des Justizsenators bestritten. Man kann dies jedoch vermuten angesichts der Berichte von Häftlingen aus Stammheim und aus der Justizvollzugsanstalt Celle (siehe auch die Beschreibung des Häftlings Dellwo im Diskussionsvorschlag der Roten Hilfe abgedruckt), die mit Hochsicherheitsbereichen ausgestattet ist und für den Berliner Umbau als Modell fungiert. Kommentar des Pressereferenten Willbrandt: Ein Sicherheitsreferent der Berliner Justizverwaltung hat Celle besichtigt, "von hermetischer Abriegelung kann nicht die Rede sein".

Weiterhin steht fest, daß die Zellen etwa neun Quadratmeter groß sind, ausgestattet mit Bett, Schrank und -Toilette. Die Fenster - mit einem Fliegengitter gesichert - können geöffnet werden, allerdings nur so, daß "Pendeln" nicht möglich ist, d.h., keine Nachrichten oder Gegenstände herein oder hinaus gegeben werden können. Ausserdem sollen die Gefangenen die Zellen in unregelmäßigen Abständen wechseln, wobei die Vorausberechenbarkeit der Belegung ausgeschlossen sein muß. Die Existenz von Abhöranlagen wird abgestritten.

Auch in Berliner Rechtsanwaltskreisen wird die Unsicherheit über die geplanten Hochsicherheitsbereiche und die damit verbundenen Vollzugsmaßnahmen größer. Frühzeitig wollte ein Berliner Rechtsanwalt Auskunft über die künftigen Sicherheitstrakte beim Senat einholen: Seine schriftliche Anfrage blieb unbeantwortet. Rechtsanwalt Venedey der mit neun Kollegen die Angeklagten im Berliner Lorenz-Prozeß vertritt, rechnet mit Verschärfungen für die Gefangenen die der Isolationshaft nahe kommen.

Im Einzelnen: Der Gang zur Besprechungszelle fällt weg, d.h., die Gefangenen haben noch weniger Bewegungsmöglichkeiten im Knast; die Kontaktmöglichkeiten werden eingeschränkt; totale Geräuschisolation; Beobachtung mit Fernsehkameras und nächtliche Kontrolle durch Türspione (das wurde vom Justizsenat bestätigt) sowie der Kontakt zu nur wenigen, speziell ausgebildeten Beamten - soweit die durchaus begründeten Vermutungen bezüglich der Hochsicherheitstrakte.

Im Fahrwasser der Investitionen für die Bauten bewegt sich die Schaffung zusätzlicher Planstellen. Die Moabiter Anstalt benötigt zwar ohnehin mehr Personal, trotzdem sollen zusätzlich, für den 'Terroristen-Bereich' 112 neue Planstellen geschaffen werden, was nochmals eine Millioneninvestition bedeutet.

